



Nr. 2 / April 2022 DGB Abteilung Arbeitsmarktpolitik

Der deutsche Arbeitsmarkt im EU-Vergleich: Niedrige Erwerbslosigkeit, aber hohes Armutsrisiko

Das Wichtigste in Kürze

- Der deutsche Arbeitsmarkt erscheint aufgrund der niedrigen Erwerbslosigkeit im EU-Vergleich als vorbildhaft. Im Dezember 2021 hatte Deutschland die drittniedrigste, bei jungen Menschen sogar die niedrigste Erwerbslosenquote.
- Allerdings ist die Erwerbslosigkeit in Deutschland im Krisenjahr 2020 deutlich stärker angestiegen als im EU-Durchschnitt. Eine Ursache ist der starke Verlust im Bereich der Teilzeitbeschäftigung. Diese ist in Deutschland so stark eingebrochen, wie in keinem anderen Land.
- Der Grund hierfür war der massenhafte Wegfall der Minijobs im Zuge der Pandemie. Ihre Zahl ist 2020 um 600.000 gesunken. Solche unsicheren geringfügigen Arbeitsverhältnisse leistet sich kein anderes EU-Land.
- Deutschland gehört mit Rumänien, Bulgarien, Estland und Litauen zu den Ländern, die eine unterdurchschnittliche Erwerbslosenquote, dafür aber eine hohe Niedriglohn- und Armutsrisikoquote aufweisen. Die Beispiele zahlreicher anderer Länder zeigen, dass es möglich ist, bei diesen drei wichtigen Faktoren deutlich positivere Ergebnisse zu erzielen.
- Der hohe Anteil an unsicherer und unterbezahlter Beschäftigung in Deutschland hat negative Folgen: Das Armutsrisiko ist groß, die Ungleichheit bei den Einkommen liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt und bei der Überlastung der Haushalte durch hohe Wohnkosten steht Deutschland sogar an zweiter Stelle.
- Aktuelle Ereignisse wie die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine zeigen, wie schnell auch Wirtschaft und Arbeitsmärkte betroffen sein können. Um solche Herausforderungen zu meistern, ist es sowohl in Deutschland als auch in der gesamten EU hilfreich, einen robusten Arbeitsmarkt zu haben, der gut auf Krisen reagieren kann.
- Europa möchte und muss durch gemeinsame Zielsetzungen u.a. in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stärker zusammenwachsen und sich als eigenständiger Werte- und Wirtschaftsraum weltweit behaupten. Deutschland kann und sollte hierbei eine positive Vorreiterrolle einnehmen.

Gliederung:

1. Deutschland ist größte Volkswirtschaft in der EU und sollte positive Vorreiterrolle einnehmen
2. Deutscher Arbeitsmarkt ist teilweise vorbildhaft
 - 2.1 Erwerbslosigkeit in Deutschland ist niedrig
 - 2.2 Im Krisenjahr 2020 ist die Erwerbslosigkeit in Deutschland schneller angestiegen als im EU-Durchschnitt
 - 2.3 Im Langzeitvergleich hat sich Deutschland seit der Krise 2008/2009 positiv entwickelt
 - 2.4 Ebenfalls sehr niedrige Jugenderwerbslosigkeit
3. Deutlicher Nachholbedarf
 - 3.1 Überdurchschnittliche Armutsrisikoquote
 - 3.2 Hohe Belastung durch Wohnkosten
 - 3.3 Ungleiche Verteilung von Einkommen
 - 3.4 Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen
 - 3.5 Anteil von Frauen in Führungspositionen
 - 3.6 Niedriglöhne
 - 3.7 Prekäre Beschäftigung
 - 3.7.1 Teilzeitbeschäftigung
 - 3.7.2 Leiharbeit
 - 3.7.3 Befristungen
4. Hausaufgaben durch die EU
 - 4.1 Länderbericht 2020: Empfehlungen für Deutschland
 - 4.2 Empfehlungen und Vorgaben für alle Mitgliedsstaaten
5. Forderungen des DGB an die Bundesregierung

1. Deutschland ist größte Volkswirtschaft in der EU und sollte positive Vorreiterrolle einnehmen

Deutschland ist eines der wichtigsten Länder in der Europäischen Union. Es verfügt über die meisten Einwohner*innen¹ und ist die größte Volkswirtschaft². Der deutsche Arbeitsmarkt gilt oftmals als Vorzeigemodell, auch weil er sich in Krisen bewährt hat. Dies gilt insbesondere für die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte brach auch die Wirtschaft weltweit stark ein. Damals hat die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Gewerkschaften sowie ein starker Einsatz des Arbeitsmarktinstruments Kurzarbeit³ ca. 300.000 Arbeitsplätze gerettet. In der aktuellen Corona-Pandemie konnten mittels Kurzarbeit rund 2,2 Mio. Arbeitsplätze gerettet werden⁴. Dennoch ist die Erwerbslosenquote in Deutschland schneller angestiegen als im EU-Durchschnitt. Insbesondere die sogenannten Minijobs – die es in dieser Form in anderen Ländern nicht gibt – sind in der Pandemie zu hunderttausenden weggebrochen.

Tatsächlich ist die Bundesrepublik bei einigen wichtigen Arbeitsmarktindikatoren sehr gut aufgestellt. Die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung ist hoch⁵, die Erwerbslosenquote niedrig. Allerdings gibt es auch deutliche Schwachstellen. So hat Deutschland bspw. eine überdurchschnittlich hohe Armutsrisikoquote⁶. Der Niedriglohnsektor ist einer der größten in Europa. Auch werden die Einkommen der Bevölkerung hierzulande überdurchschnittlich stark durch hohe Wohnkosten belastet. Darüber hinaus ist die Gleichstellung von Frauen deutlich verbesserungsbedürftig.

Die folgende Auswertung wirft ein Schlaglicht auf einige wichtige Faktoren am Arbeitsmarkt. Dabei soll insbesondere aufgezeigt werden, in welchen Bereichen Verbesserungspotenzial besteht. Das kann zum einen dem deutschen Arbeitsmarkt helfen, zum anderen kann es auch die EU stärken, wenn der innereuropäische Arbeitsmarkt robust ist und auf Krisen gut reagieren kann.

Beispiele wie die Corona-Pandemie oder der Angriff Russlands auf die Ukraine zeigen, wie schnell Krisen expandieren und immense Auswirkungen auch auf Wirtschaft und Arbeitsmärkte haben können. Mit der aktuellen Flucht von Millionen von Ukrainer*innen aus dem Kriegsgebiet stehen die EU und insbesondere Deutschland vor der großen Herausforderung, diese Menschen aufzunehmen und zu integrieren.

¹ [EU – Einwohnerzahlen in den EU-Ländern 2020 bis 2100 | Statista](#)

² [EU – BIP in Europa 2020 | Statista](#)

³ Kurzarbeit kann ein Instrument sein, um bei vorübergehendem Arbeitsausfall Kündigungen zu vermeiden. Um den Verdienstaufschlag der Beschäftigten teilweise auszugleichen, kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Entgeltersatzleistung aus der Arbeitslosenversicherung, das so genannte Kurzarbeitergeld gezahlt werden.

⁴ [Kurzarbeit rettet über zwei Millionen Jobs - Hans-Böckler-Stiftung \(boeckler.de\)](#)

⁵ [EU - Erwerbsquoten in den Mitgliedstaaten 2021 | Statista](#)

⁶ [ARB - A01 Armutsrisikoquote \(armuts-und-reichtumsbericht.de\)](#)

Hierfür ist es essenziell, einen gut aufgestellten Arbeitsmarkt zu haben, in dem bspw. Qualifizierungen zügig und vollumfänglich anerkannt werden, Einkommen erzielt werden, die ein Leben unabhängig von Sozialleistungen ermöglichen und die Unternehmen und ihre Beschäftigten optimal auf den bevorstehenden digitalen und notwendigen ökologischen Wandel der Arbeitswelt vorbereitet sind.

Europa möchte und muss durch gemeinsame Zielsetzungen und Mindeststandards u.a. in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik⁷ stärker zusammenwachsen und sich als eigenständiger Werte- und Wirtschaftsraum weltweit behaupten. Deutschland kann und sollte hierbei eine positive Vorreiterrolle einnehmen.

2. Deutscher Arbeitsmarkt ist teilweise vorbildhaft

2.1 Erwerbslosigkeit in Deutschland ist niedrig

Auf den ersten Blick erscheint der deutsche Arbeitsmarkt vorbildhaft. Selbst während der aktuellen Krise aufgrund der Corona-Pandemie betrug die Erwerbslosenquote⁸ in Deutschland im Dezember 2021 nur 3,2 Prozent. Es war die drittniedrigste Quote innerhalb der EU (s. *Abbildung 1*).

Allerdings ist die Aussagekraft dieses Wertes ein Stück weit dadurch zu relativieren, dass als erwerbslos nach der zugrunde liegenden Definition der Internationalen Arbeitsorganisation gilt, wer nicht einmal eine Stunde pro Woche erwerbstätig ist.⁹ Kleinstarbeitsverhältnisse, die in Form von Minijobs gerade den deutschen Arbeitsmarkt kennzeichnen, stehen mit Blick auf diesen Wert also Arbeitsverhältnissen in umfangreicherer Teilzeit und in Vollzeit gleich. Wer einer geringfügigen Beschäftigung von wenigen Wochenstunden nachgeht, gilt nicht mehr als erwerbslos.

Deshalb kann eine niedrige Erwerbslosenquote allein noch nicht als Qualitätsmerkmal für einen guten Arbeitsmarkt herhalten. Auch die Qualität und Quantität der Beschäftigungsverhältnisse ist wichtig. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich im Langzeitvergleich dahingehend entwickelt, dass zwar die Erwerbslosigkeit tendenziell abgenommen, damit verbunden aber auch die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse teilweise stark gelitten hat. Die vorhandene Arbeit wurde teilweise auf mehr Beschäftigte zu schlechteren Arbeitsbedingungen verteilt (s. Kapitel 7.3.), weshalb eine sinkende bzw. niedrige Erwerbslosenquote allein noch kein Jobwunder ausmacht.

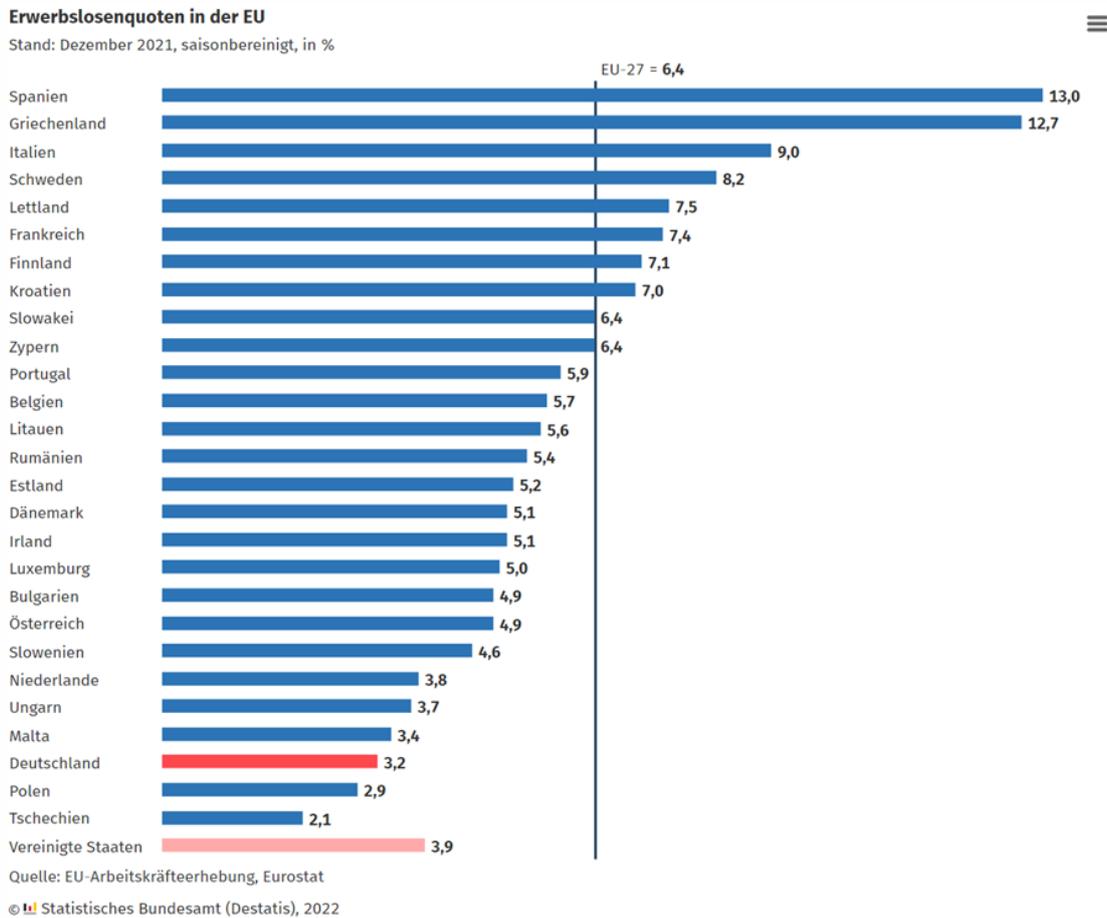
⁷ In 2017 haben die EU-Mitgliedsstaaten Grundsätze für ein soziales Europa unterzeichnet: [Die Europäische Säule sozialer Rechte in 20 Grundsätzen | EU-Kommission \(europa.eu\)](#)

⁸ Im nationalen Kontext wird die Arbeitslosigkeit durch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst. Die Methoden zur Messung von Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit sind teilweise unterschiedlich, weshalb auch die Quoten divergieren. Zum Vergleich: Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland im Dezember 2021 bei 5,1 Prozent, was jedoch auch sehr niedrig ist. Mehr dazu: [Unterschied Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit - Statistik der Bundesagentur für Arbeit \(arbeitsagentur.de\)](#).

⁹ [Startseite - Das Ein-Stunden-Kriterium - Statistik der Bundesagentur für Arbeit \(arbeitsagentur.de\)](#)

Abbildung 1:

Erwerbslosenquoten in der EU



2.2 Im Krisenjahr 2020 ist die Erwerbslosigkeit in Deutschland schneller angestiegen als im EU-Durchschnitt

Darüber hinaus ist die Erwerbslosigkeit während der Corona-Pandemie überdurchschnittlich schnell angestiegen. Im Krisenjahr 2020 ist die Erwerbslosenquote in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, im EU-Durchschnitt waren es nur 0,4 Prozentpunkte.

Ein Grund dafür dürfte sein, dass trotz des Rekordeinsatzes von Kurzarbeit¹⁰, in der Krise über 600.000 Minijobs weggefallen sind, davon waren knapp 400.000 Beschäftigte ausschließlich im Minijob beschäftigt.¹¹ Aufgrund mangelnder sozialer Absicherung haben sie weder Kurzarbeitergeld noch Arbeitslosengeld erhalten. Das Konstrukt der Minijobs als nicht sozialversicherte Teilzeitbeschäftigung gibt es in anderen Ländern nicht, die Zahl der

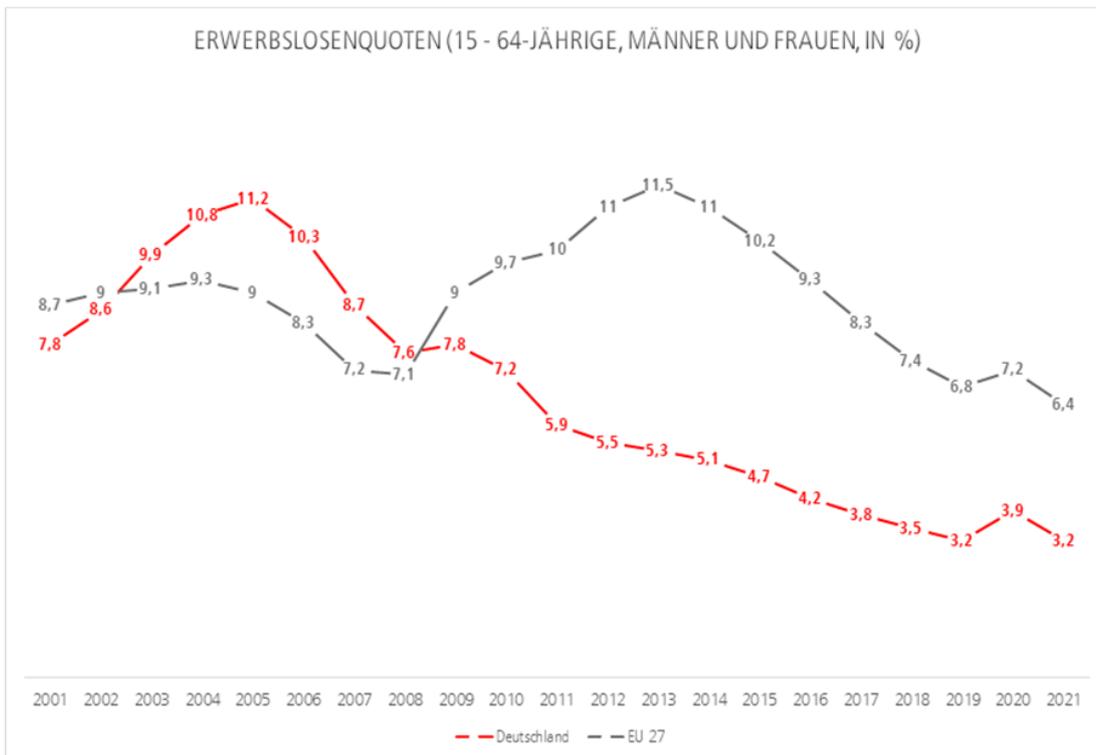
¹⁰ Im April 2020 befanden sich knapp 6 Mio. Beschäftigt in Kurzarbeit.

¹¹ Abbildung der [Entwicklung der Mini-Jobs bis 2020](#) in Deutschland.

Teilzeitbeschäftigten ist in anderen Ländern demzufolge nicht so stark eingebrochen, wie Kapitel 3.6.1. zeigt.

Abbildung 2:

Vergleich Entwicklung der Erwerbslosenquoten Deutschland und EU 27



Quelle: Statistik der BA, [Der Arbeitsmarkt in Deutschland](#)

2021 ist die Erwerbslosenquote in Deutschland wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken, im EU-Durchschnitt sogar noch unter das Niveau von 2019. Beide Werte haben (wieder) einen Rekordtiefstand erreicht.

Das Nachsehen haben dabei aber Langzeitarbeitslose. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Februar 2022 um 264.000 auf 937.000 gestiegen, ihr Anteil an allen Arbeitslosen von 30,3 auf 40,1 Prozent.¹² Die Zahl sinkt langsam, dennoch zeichnet sich eine klare Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit ab.¹³

¹² [Monatsbericht Februar der BA 2022](#)

¹³ [DGB Arbeitsmarkt aktuell: Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit während der Corona-Krise, Februar 2022.](#)

2.3 Im Langzeitvergleich hat sich Deutschland seit der Krise 2008/2009 positiv entwickelt

Deutschland stand nicht immer so gut da. Im Langzeitvergleich zeigt sich, dass Deutschland in das Jahrtausend mit einer noch unterdurchschnittlichen Erwerbslosenquote von 8 Prozent innerhalb der EU gestartet ist. Im Zuge der weltweiten konjunkturellen Schwächephase nach dem Einbruch der New Economy 2000 und den Anschlägen vom 11. September 2001 stieg die Erwerbslosenquote deutlich an und lag 2005 auf dem Höchststand von 11,2 Prozent. Damit lag sie nun auch über dem europäischen Durchschnitt von 9 Prozent (s. *Abbildung 2*).

Als traditioneller Industriestandort war Deutschland nicht nur von der weltweiten Rezession Anfang des Jahrtausends stark betroffen, auch die zunehmende Globalisierung und die Abwanderung ganzer Branchen – wie bspw. der Bekleidungsindustrie nach Asien – ließen die Erwerbslosigkeit ansteigen.

Die damalige rot-grüne Bundesregierung reagierte auf die hohe Erwerbslosigkeit mit den umfassendsten Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der jüngeren Geschichte. Mit den sogenannten Hartz-Reformen wurden seit 2002 atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs und Leiharbeit erleichtert und der Schutz der Arbeitslosenversicherung abgebaut. Ursprünglich hatten die Reformen das Ziel, den Übergang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu beschleunigen. Für die Arbeitnehmer*innen bedeuteten sie jedoch auch einen Boom an unsicherer Beschäftigung und Niedriglöhnen.

Erst seit 2009 ist die Erwerbslosenquote wieder unter den EU-Durchschnitt gesunken (s. *Abbildung 2*). Damals kam Deutschland vergleichsweise gut durch die weltweite Wirtschaftskrise, die durch den Zusammenbruch des hochspekulativen Finanzmarktes 2008 ausgelöst wurde. In der damaligen Krise hat die Beteiligung der Gewerkschaften beim Krisenmanagement und der massive Einsatz von Kurzarbeit viele Arbeitsplätze und Fachkräfte gerettet, so dass die Unternehmen gut gerüstet nach der Krise durchstarten konnten. Der deutsche Arbeitsmarkt galt nun als vorbildhaft.

2.4 Ebenfalls sehr niedrige Jugenderwerbslosigkeit

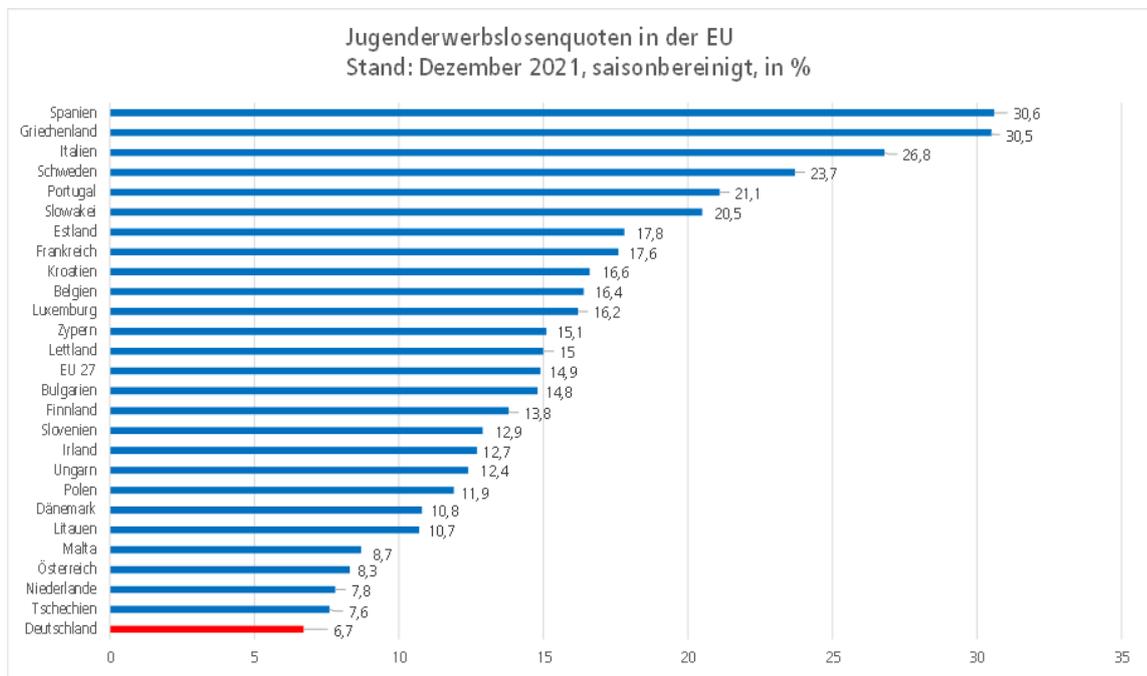
Deutschland hat die niedrigste Jugenderwerbslosigkeit in Europa. Ursache hierfür ist das deutsche System der dualen Berufsausbildung. Dual in dem Sinne, dass eine Vielzahl der Berufe sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule erlernt wird. Diesen starken betrieblichen Anteil haben nicht alle Länder in ihrem Ausbildungssystem etabliert. In vielen Ländern findet die Berufsausbildung nur in der Schule statt. Der betriebliche Teil der Ausbildung sorgt in Deutschland dafür, dass die Unternehmen sich selbst ihren Nachwuchs aussuchen, ausbilden und größtenteils nach der Ausbildung auch in eine Beschäftigung übernehmen.

Allerdings steigt auch in Deutschland die Zahl ausbildungsloser junger Menschen zwischen 20 und 34 Jahren an. In 2019 hatten 2,16 Millionen bzw. 14,7 Prozent aller jungen Menschen keinen Berufsabschluss ¹⁴. Es ist davon auszugehen, dass ausbildungslose junge Menschen später zu einem großen Teil in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

Des Weiteren ist auch die Hochschulbildung in Deutschland in der Regel kostenfrei bzw. deutlich kostengünstiger als in anderen Ländern. So dass auch der Zugang in eine akademische Ausbildung relativ niedrigschwellig ist. Beide Faktoren sorgen für eine niedrige Erwerbslosigkeit bei Jüngeren.

Abbildung 3:

Jugenderwerbslosenquoten in der EU



Quelle: [Eurostat](#), Darstellung des DGB

¹⁴ [Datenreport / A11.1 Die Entwicklung der Anzahl junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung \(bibb.de\)](#)

3. Deutlicher Nachholbedarf

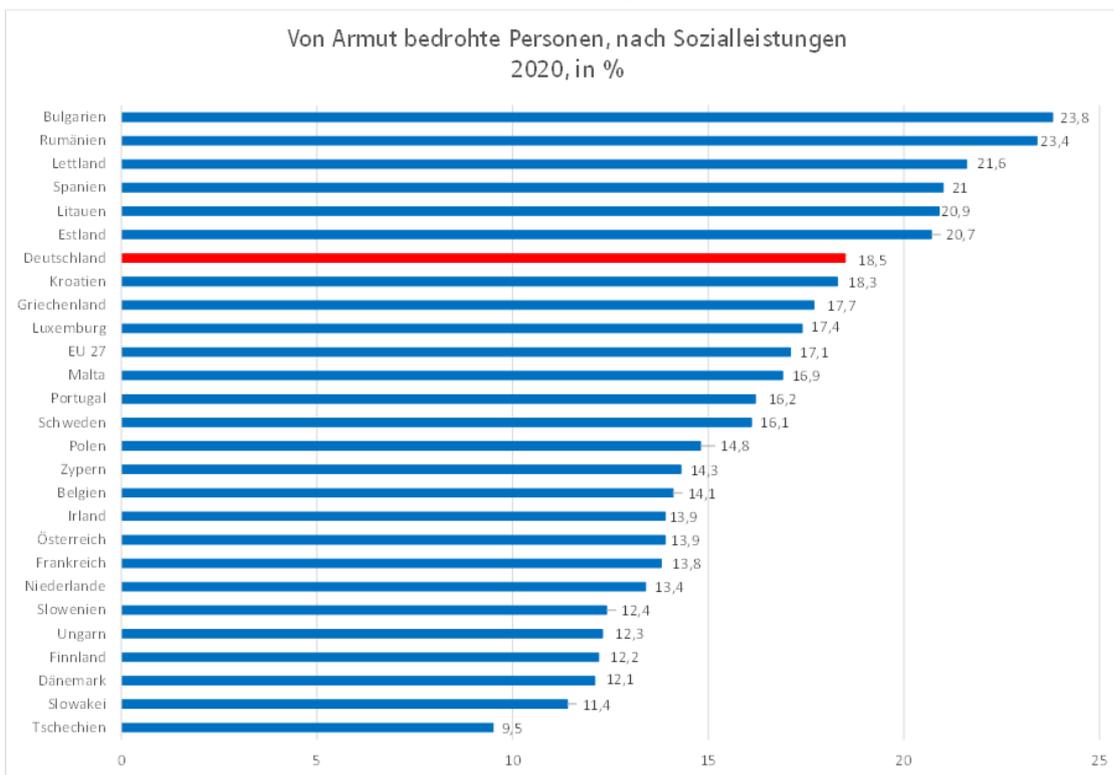
3.1 Überdurchschnittliche Armutsrisikoquote

Allerdings sticht Deutschland in einigen Bereichen des Arbeitsmarktes auch negativ hervor. So ist das Armutsrisiko hierzulande deutlich höher als im europäischen Durchschnitt. Zusammen mit den baltischen Ländern sowie Spanien, Bulgarien und Rumänien befindet sich Deutschland in 2020 in der Gruppe der Länder mit der höchsten Armutsrisikoquote.

Fast jede/r Fünfte ist hierzulande von Armut bedroht – und zwar nach dem Erhalt von Sozialleistungen. Hier stellt sich die Frage, wie es sein kann, dass in einem reichen Land sowie bei einer guten wirtschaftlichen Lage (zumindest bis zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020) und mit einer niedrigen Erwerbslosenquote so viele Menschen von Armut bedroht sind.

Abbildung 4:

Von Armut bedrohte Personen, nach Sozialleistungen 2020



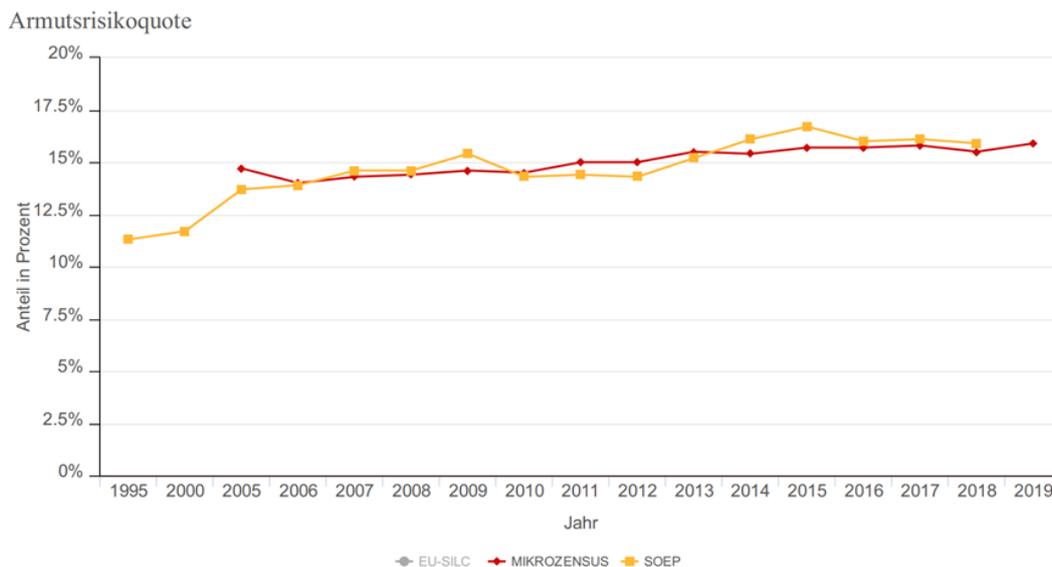
Quelle: [Eurostat](#), Darstellung des DGB

Das Armutsrisiko war in Deutschland nicht immer so hoch. Im Langzeitvergleich nationaler Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)¹⁵ zeigt sich, dass das Armutsrisiko im Jahr 2000 noch bei 11,7 Prozent lag (s. *Abbildung 5*). Im Jahr 2005 war es dann deutlich gestiegen, auf 13,7 Prozent. Den Höchststand erreichte es im Jahr 2015 mit 16,7 Prozent.

In ihrem Länderbericht 2017 wirft die Europäische Kommission Deutschland vor, Armut aufgrund seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern.¹⁶ Nach der Einführung des Mindestlohns 2015 sinkt das Armutsrisiko leicht, liegt aber in 2018 immer noch bei 16 Prozent.¹⁷ In 2019 und 2020 ist das Armutsrisiko laut Eurostat jedoch wieder deutlich angestiegen und erreichte 2020 18,5 Prozent.¹⁸

Abbildung 5:

Entwicklung der Armutsrisikoquote in Deutschland im Langzeitvergleich



© Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das Armutsrisiko verteilt sich auch nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen. So sind beispielsweise Erwerbslose in Deutschland mit knapp 74 Prozent weit häufiger armutsgefährdet als im EU-Durchschnitt¹⁹ mit knapp 49 Prozent – auch dies eine Folge politischer Entscheidungen.

¹⁵ [ARB - A01 Armutsrisikoquote \(armuts-und-reichtumsbericht.de\)](https://armutsrisiko.de/ARB-A01-Armutsrisikoquote)

¹⁶ [2017-european-semester-country-report-germany-de_1.pdf \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&code=sdg_8_10_10), S. 7.

¹⁷ Es gibt vier verschiedenen Datenquellen zur Armutsrisikoquote. Der Mikrozensus weist bspw. die aktuellsten Daten aus, das SOEP erhebt die Daten am längsten und ermöglicht deshalb den besten Langzeitvergleich. Alle gehen von einer Armutsschwelle bei einem Einkommen unter 60% des Median - also des mittleren Einkommens - aus. Die Erhebungen unterscheiden sich in der Methodik, die Werte variieren deshalb.

¹⁸ [Statistics | Eurostat \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&code=sdg_8_10_10)

¹⁹ Abbildung des [Armutsrisikos](#) von Erwerbslosen in ausgewählten EU-Ländern.

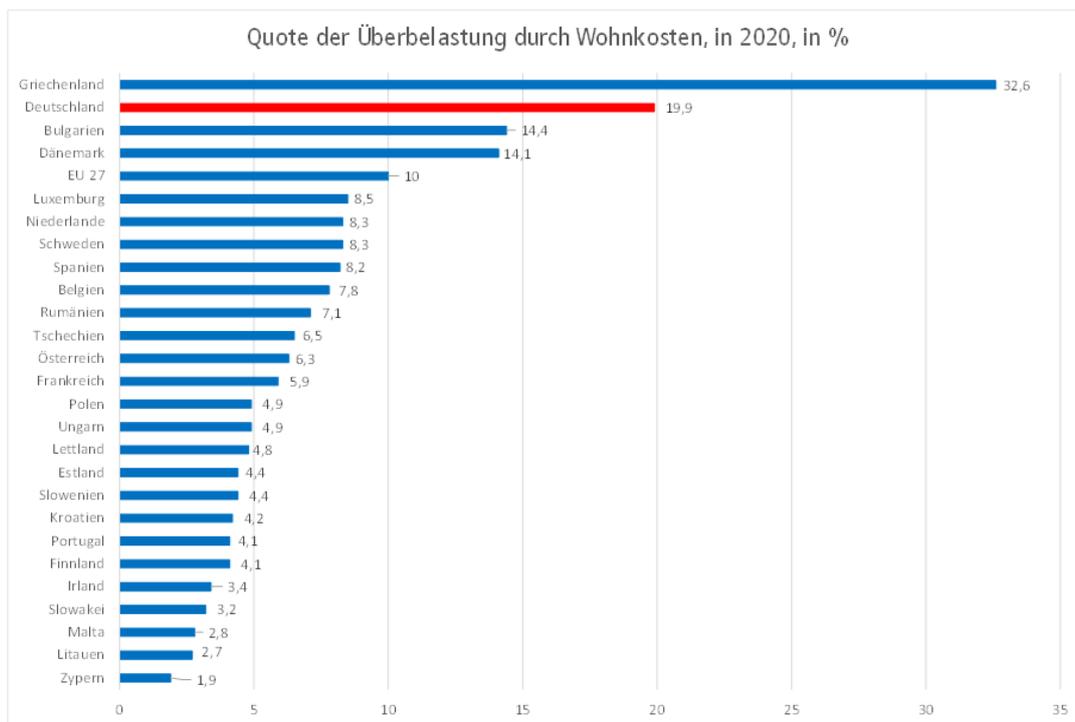
3.2 Hohe Belastung durch Wohnkosten

Deutlich negativ fällt Deutschland bei der Überbelastung durch Wohnkosten auf. 20 Prozent der Haushalte sind von zu hohen Wohnkosten betroffen. Im europäischen Vergleich ist allein in Griechenland die Situation noch schlechter.

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes beziehen sich die Zahlen sowohl auf Haushalte, die Miete zahlen als auch auf Haushalte, die Kredite abbezahlen. Die betroffenen Haushalte müssen mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben.²⁰

Abbildung 6:

Quoten der Überbelastung durch Wohnkosten, 2020



Quelle: [Eurostat](#), Darstellung des DGB

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung liefert Zahlen zur Entwicklung der Belastung insbesondere von Mieter*innen in Deutschland. Der Fokus liegt hier auf den Mieter*innen in den 77 deutschen Großstädten. Demnach gaben 49,2 Prozent dieser Mieter*innenhaushalte in Großstädten im Jahr 2018 mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für Wohnen

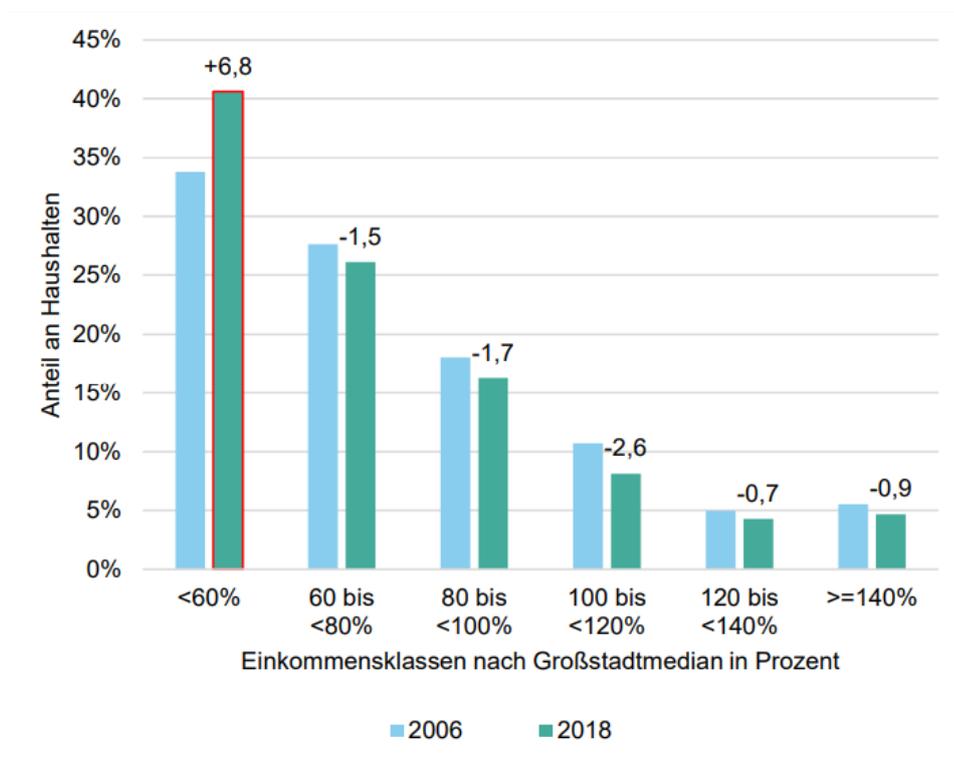
²⁰ [EU-Vergleich: Überbelastung durch Wohnkosten 2020 - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

aus.²¹ Haushalte mit geringen Einkommen (weniger als 60 Prozent des Einkommens-Median) sind dabei besonders betroffen – und der Anteil dieser Haushalte hat sich seit 2006 noch deutlich erhöht.²²

In der Corona-Krise hat sich die Lage weiter verschärft, weil viele Beschäftigte durch Lockdown und Kurzarbeit weniger Geld in der Tasche hatten. Der DGB sieht diese Entwicklung äußerst kritisch und fordert dringend neben einem sofortigen Mietstopp weitere Maßnahmen, um bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.²³

Abbildung 7:

Zusammensetzung der Haushalte mit überhöhten Mietkosten nach Einkommensklassen 2006 und 2018 und ihre Veränderungen in Prozentpunkten



Quelle: Holm et al, S. 29.

3.3 Ungleiche Verteilung von Einkommen

Weiterhin gehört Deutschland zu den Ländern, in denen die Einkommen sehr stark ungleich verteilt sind. Immer mehr Beschäftigte gelten als einkommensschwach, während gleichzeitig immer mehr Menschen hohe Einkommen erzielen. Die staatliche Umverteilung fängt die

²¹ Bis zu 30 Prozent des Einkommens als Ausgaben für Miete gelten allgemein als bezahlbar.

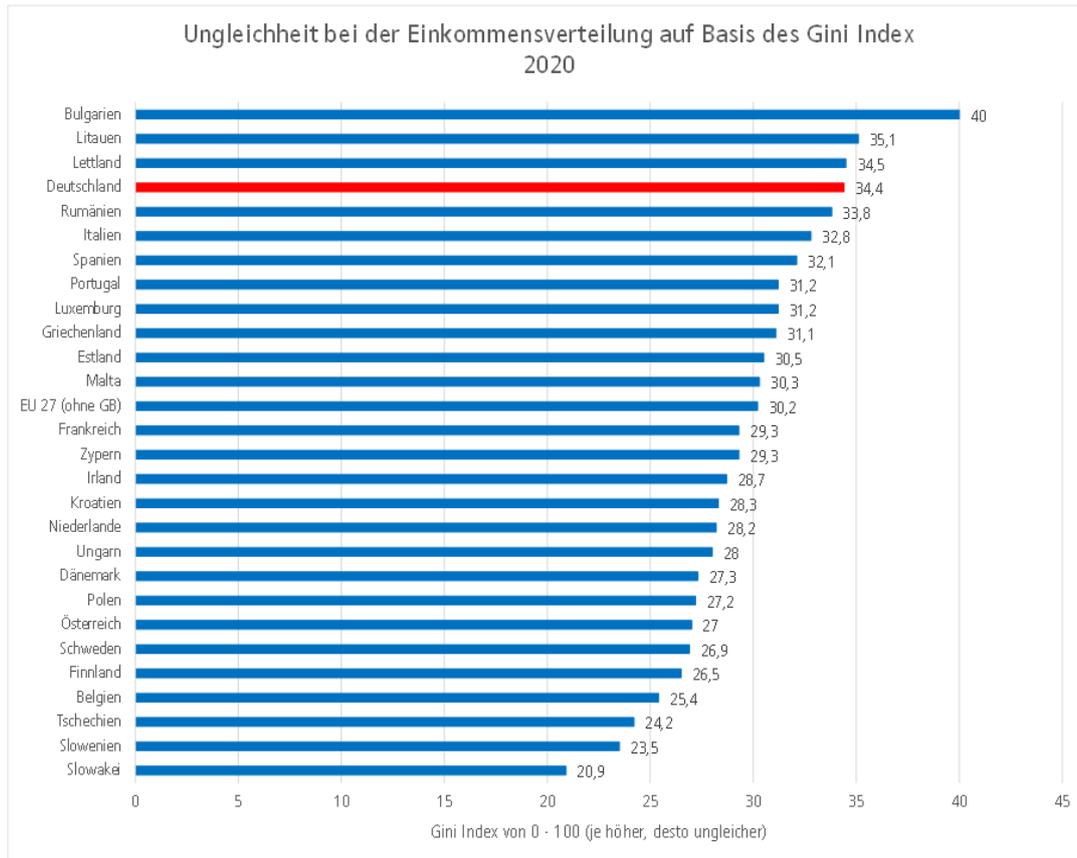
²² Holm et al: [Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten, Juni 2021.](#)

²³ [Wohnen muss bezahlbar sein | DGB](#)

sehr ungleichen Markteinkommen zumindest teilweise auf. Dennoch belegt Deutschland bei der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen den vierten Platz hinter Bulgarien, Litauen und Lettland. Die Schere zwischen den unteren und oberen Einkommen ist in diesen Ländern besonders weit geöffnet.²⁴

Abbildung 8:

Ungleichheit bei der Einkommensverteilung auf Basis des Gini Index 2020



Quelle: [Eurostat](#), Darstellung des DGB

Eine ungleiche Verteilung der finanziellen Ressourcen ist einerseits aus Gerechtigkeitsgründen kritisch zu bewerten. Sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und hat einen negativen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit der Bevölkerung insgesamt. Ungleichheit ist andererseits ökonomisch schädlich. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass durch eine

²⁴ Ein Maßstab für die Messung von Ungleichheit bei den Einkommen ist der Gini-Index. Bei einem Wert von 0 hätten alle Personen/Haushalte das gleiche Einkommen. Bei einem Wert von 100 hätte eine Person/ein Haushalt das gesamte Einkommen, die anderen hätten keines. Die angegebenen Werte beziehen sich auf das verfügbare Äquivalenzeinkommen, also das Einkommen, welches nach Steuern und Transfers zur Verfügung steht.

ungleiche Verteilung der Einkommen volkswirtschaftliche Wachstumspotenziale dauerhaft verloren gehen.²⁵

Noch größer als bei den Einkommen ist die Ungleichheit bei den Vermögen. Sie ist auch im europäischen Vergleich besonders stark ausgeprägt.²⁶

3.4 Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen

Ähnlich schlecht wie bei der Einkommensverteilung steht Deutschland bei der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen da – dem sogenannten Gender Pay Gap. Die Lohnlücke zwischen den Einkommen von Männern und Frauen lag 2020 und auch 2021 in Deutschland bei 18 Prozent (*s. Abbildung 9*).

Das Bruttoeinkommen von Männern ist durchschnittlich 18 Prozent höher als das Bruttoeinkommen von Frauen. Im EU-Durchschnitt liegt der Gender Pay Gap bei 13 Prozent. Damit landet Deutschland auf dem viertletzten Platz innerhalb der EU. Innerhalb Deutschlands gibt es starke regionale Unterschiede: Nach wie vor fällt der Gender Pay Gap in Ostdeutschland mit 6 Prozent viel geringer aus als in Westdeutschland (19 Prozent).²⁷

3.5 Anteil von Frauen in Führungspositionen

Im Jahr 2019 waren in Deutschland knapp 30 Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt.²⁸ Damit waren diese deutlich unterrepräsentiert. Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten liegt Deutschland auch hier nur im unteren Drittel. Im EU-Durchschnitt sind knapp 35 Prozent der Führungskräfte weiblich (*s. Abbildung 10*).

²⁵ [Ungleichheit und makroökonomische Instabilität: Eine Bestandsaufnahme](#), WISO Diskurs, FES, 2016./ [Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst](#), DIW Wochenbericht Nr. 10, März 2017.

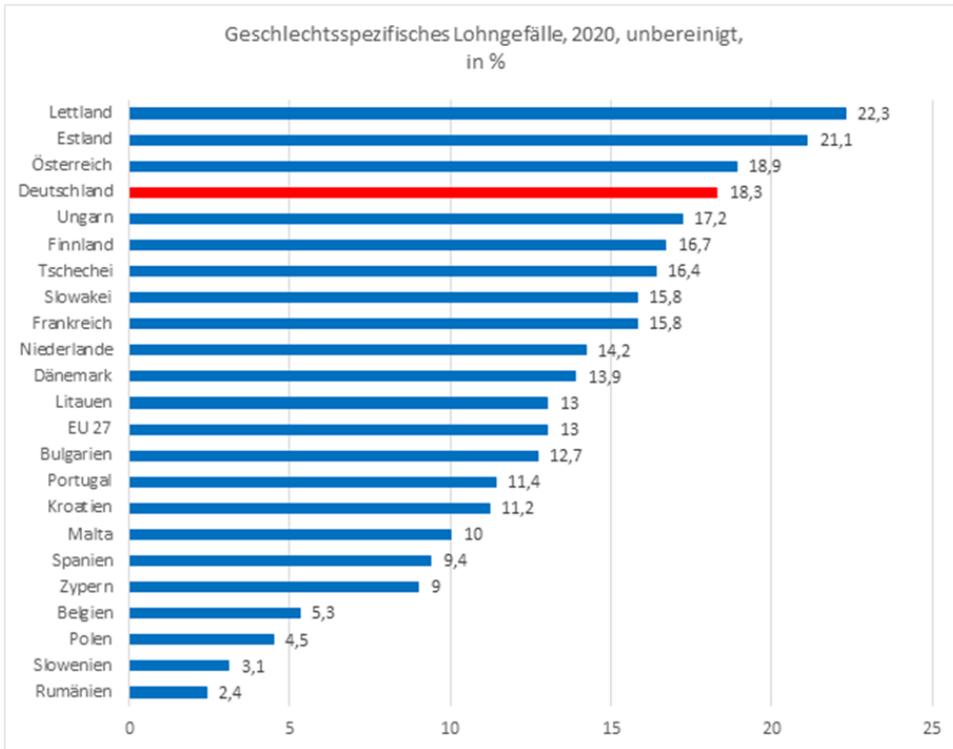
²⁶ <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ist-deutschland-ein-ungleiches-land-3658.htm> / [DGB Verteilungsbericht 2021: Ungleichheit in Zeiten von Corona | DGB](#).

Neuere Daten für Deutschland: <https://www.wsi.de/de/blog-17857-vermoegenskonzentration-und-wie-die-parteien-ihr-entgegengetreten-wollen-35328.htm>.

²⁷ [Gender Pay Gap 2021: Frauen verdienen pro Stunde weiterhin 18 % weniger als Männer - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

²⁸ [Frauen in Führungspositionen in der EU - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

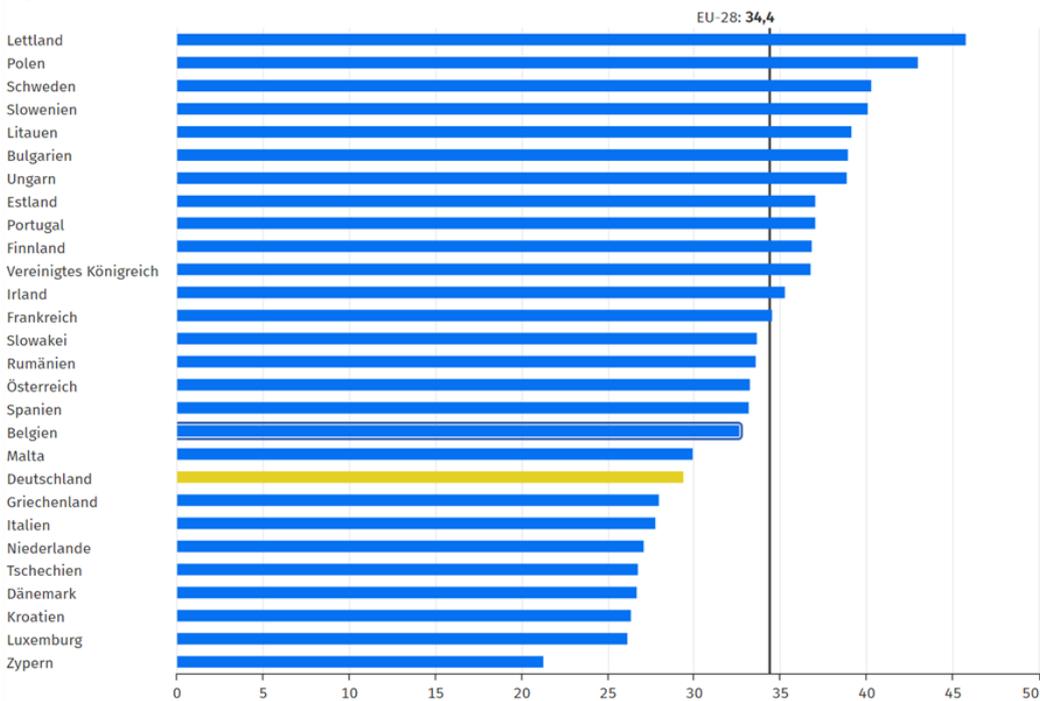
Abbildung 9:



Quelle: [Eurostat](#), Darstellung des DGB

Abbildung 10:

Frauenanteil in Führungspositionen 2019
in %



Quelle: Eurostat

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Der große Niedriglohnbereich wird vom DGB sehr kritisch gesehen. Dass so viele Beschäftigte zu niedrigen Löhnen arbeiten, ist eine der Ursachen, für die zuvor benannten Missstände: das starke Armutsrisiko, die Überlastung durch Wohnkosten, die Einkommensungleichheit und die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen.³¹

Dagegen ist es fraglich, ob der große Niedriglohnbereich auch Ursache für die geringe Erwerbslosenquote in Deutschland ist. Hinsichtlich der Arbeitsmarktindikatoren Niedriglohnanteil, Erwerbslosenquote und Armutsrisiko lassen sich innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten beispielhafte Cluster bilden. Es zeigt sich, dass es durchaus Länder gibt, die eine niedrige Erwerbslosenquote erreichen, ohne einen ausgeprägten Niedriglohnsektor. Betrachtet man noch zusätzlich das Armutsrisiko, dann gibt es sehr viele Länder, die deutlich besser dastehen als Deutschland.

Abbildung 12:

Cluster der EU-Länder nach drei ausgewählten Indikatoren

	Erwerbslosenquote	Niedriglohnquote	Armutsrisikoquote	Länder
Cluster 1	unterdurchschnittlich ✓	unterdurchschnittlich ✓	unterdurchschnittlich ✓	Tschechien, Ungarn, Österreich, Dänemark, Portugal, Belgien
Cluster 2	überdurchschnittlich ✗	unterdurchschnittlich ✓	unterdurchschnittlich ✓	Schweden, Finnland, Frankreich
Cluster 3	unterdurchschnittlich ✓	überdurchschnittlich ✗	unterdurchschnittlich ✓	Niederlande, Irland, Zypern, Polen, Luxemburg
Cluster 4	überdurchschnittlich ✗	überdurchschnittlich ✗	unterdurchschnittlich ✓	Spanien, Italien ³²
Cluster 5	unterdurchschnittlich ✓	überdurchschnittlich ✗	überdurchschnittlich ✗	Deutschland, Rumänien, Bulgarien, Estland, Litauen
Cluster 6	überdurchschnittlich ✗	überdurchschnittlich ✗	überdurchschnittlich ✗	Griechenland, Kroatien, Slowakei, Lettland

Quelle: Berechnungen und Darstellung des DGB

Das Cluster 1 zeigt, dass es möglich ist eine geringe Erwerbslosenquote zu erreichen, auch ohne einen großen Niedriglohnsektor und ohne eine hohe Armutsrisikoquote. Das Cluster 2 zeigt, dass es auch trotz hoher Erwerbslosenquote kein hohes Armutsrisiko geben muss. Das Cluster 3 zeigt, dass es auch mit einem hohen Niedriglohnanteil kein überdurchschnittliches Armutsrisiko geben muss.

³¹ In 2018 arbeiteten 16 Prozent der Männer zu einem Niedriglohn und 26 Prozent der Frauen: [Statistisches Bundesamt Deutschland - GENESIS-Online: Ergebnis 62111-0002 \(destatis.de\)](https://www.destatis.de/DE/Presseportal/Neuerscheinungen/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktaktuell/Ergebnis62111-0002.html)

³² Für das Jahr 2020 liegt keine Armutsrisikoquote für Italien vor. 2019 lag diese bei 20,1 Prozent.

Deutschland befindet sich mit Rumänien, Bulgarien sowie Estland und Litauen im Cluster 5, mit nur einer positiven Quote. Auch Spanien und Italien im Cluster 4 erreichen nur einen positiven Wert. Am schlechtesten schneiden die Länder in Cluster 6 ab, hier sind alle Indikatoren unbefriedigend.

3.7 Prekäre Beschäftigung

Als Treiber des Niedriglohnsektors³³ können in Deutschland die bereits erwähnten Hartz-Reformen gelten. Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes zu Beginn des Jahrtausends wuchs der Anteil der unsicheren und unterbezahlten und somit prekären Beschäftigungsverhältnisse wie bspw. Leiharbeit und Minijobs. Parallel ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs zurückgegangen (s. *Abbildung 13*). Diese lag 2002 bei 22,7 Mio. und sank 2005 auf knapp 21 Mio. Erst mit der Einführung des Mindestlohns 2015 wird bei der sozialversicherten Vollzeitbeschäftigung wieder das Niveau von vor 2002 erreicht.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hatte somit keine direkten positiven Beschäftigungseffekte. Im Jahr 2000 hatte sich das Arbeitsvolumen von 58,6 Mio. Arbeitsstunden auf 29,9 Mio. Beschäftigte verteilt, 2010 hatte sich das gleiche Volumen auf 41 Mio. Beschäftigte verteilt, bei teilweise deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen.³⁴

Mit der Einführung des Mindestlohns gab es dagegen eindeutig positive Effekte: Die Anzahl der Beschäftigten ist nicht nur stabil geblieben, sie ist weitergewachsen. Neben der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung hat auch die sozialversicherungspflichtige Teilzeit deutlich zugelegt. Das Arbeitszeitvolumen ist auf über 60 Mio. Arbeitsstunden angestiegen.

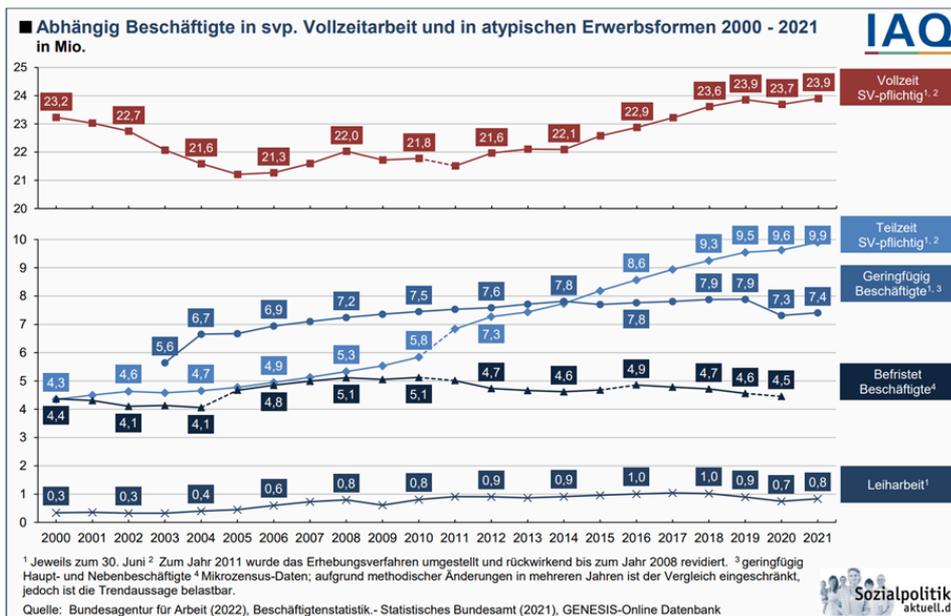
Im pandemiebedingten Krisenjahr 2020 zeigt sich, dass insbesondere die prekären Beschäftigungsverhältnisse eingebrochen sind. Allen voran die geringfügige Beschäftigung. Die Zahl der Minijobs ist um 600.000 gesunken, die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse um 200.000. Während die sozialversicherte Vollzeitbeschäftigung ebenfalls um 200.000 gesunken ist, hat die sozialversicherte Teilzeitbeschäftigung um 100.000 zugelegt. Treiber hierfür war der zusätzliche Personalbedarf in den systemrelevanten frauendominierten Berufen, wie in der Pflege und im Einzelhandel. Die Zahl der Arbeitslosen ist in 2020 um ca. 400.000 angestiegen. Besonders betroffen war die Gastronomie und damit zahlreiche Minijobber*innen.

³³ Abbildung der [Entwicklung des Niedriglohnanteils](#) in Deutschland.

³⁴ https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/AZ_Komponenten.xlsx.

Abbildung 13:

Entwicklung der Beschäftigungsformen in Deutschland im Langzeitvergleich



Quelle: Darstellung von www.sozialpolitik-aktuell.de, Sonderauswertung für den DGB

3.7.1 Teilzeitbeschäftigung

Das deutsche Konstrukt der Minijobs als kleine Teilzeit ist in Europa einzigartig. Diese Form der geringfügigen Beschäftigung ohne soziale Sicherung und ohne Steuerabgaben leistet sich kein anderes Land. Deshalb ist ein Vergleich bezüglich der Verbreitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Europa nicht möglich. Diese gehen in der Teilzeitbeschäftigung insgesamt auf. Allerdings lassen sich aus diesen Daten auch Rückschlüsse zu den Minijobs ziehen.

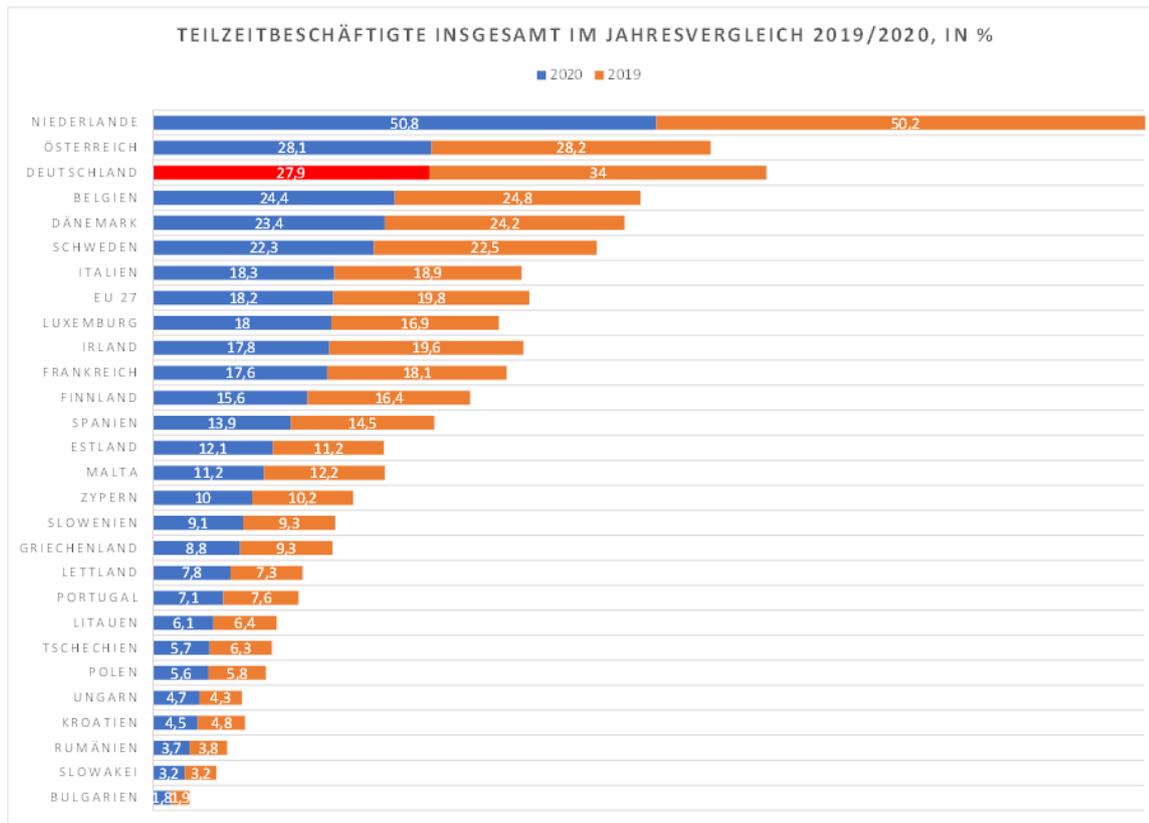
Im Jahr 2019 hatte Deutschland mit 34 Prozent den zweithöchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigten in der EU. Im Corona-Krisenjahr 2020 ist dieser Anteil rapide auf 27,9 Prozent gesunken. Dies war die stärkste Bewegung in allen Ländern. Während ca. 600.000 Minijobs in der Pandemie weggebrochen sind – größtenteils ohne Absicherung der Betroffenen durch Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld – ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den anderen EU-Ländern relativ konstant geblieben (s. Abbildung 14).

Teilzeitbeschäftigung gilt zwar als atypische Beschäftigung, ist aber an sich nicht in jedem Fall prekär. Die sozialversicherte Teilzeitbeschäftigung kann, wenn sie freiwillig erfolgt, einen wertvollen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben leisten.

Deutschland hat im EU-Vergleich jedoch nicht nur einen besonders hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung, sondern mit den Minijobs einen hohen Anteil an prekärer Teilzeitbeschäftigung im Sinne von sozial nicht gesicherter und gering bezahlter Beschäftigung.

Abbildung 14:

Teilzeitbeschäftigte insgesamt im Jahresvergleich 2019/2020



Quelle: [Eurostat](#), Darstellung des DGB

Ein weiteres Anzeichen für eine prekäre Art der Teilzeitbeschäftigung ist die Frage, inwiefern diese freiwillig erfolgt. So kann es z. B. auch der Fall sein, dass die Beschäftigten gerne in Vollzeit arbeiten würden, aber keine passende Stelle finden. Bei der unfreiwilligen Teilzeit liegt Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Der Anteil derjenigen, die keinen anderen Job gefunden haben, ist mit 8,6 Prozent eher gering.³⁵

Allerdings gaben in Deutschland 70 Prozent der Frauen an, aufgrund familiärer Verpflichtungen in Teilzeit zu arbeiten. Dies war mit Abstand der größte Anteil in der ganzen EU.³⁶ Bei den Männern gaben ca. 31 Prozent an, aus familiären Gründen in Teilzeit zu arbeiten.³⁷ Damit liegen die deutschen Männer zwar deutlich hinter den deutschen Frauen, aber im EU-Vergleich mit Finnland an der Spitze.³⁸

³⁵ [Unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte in der EU - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

³⁶ [EU - Hauptgründe für Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen | Statista](#)

³⁷ [EU - Hauptgründe von Männern für eine Teilzeitbeschäftigung | Statista](#)

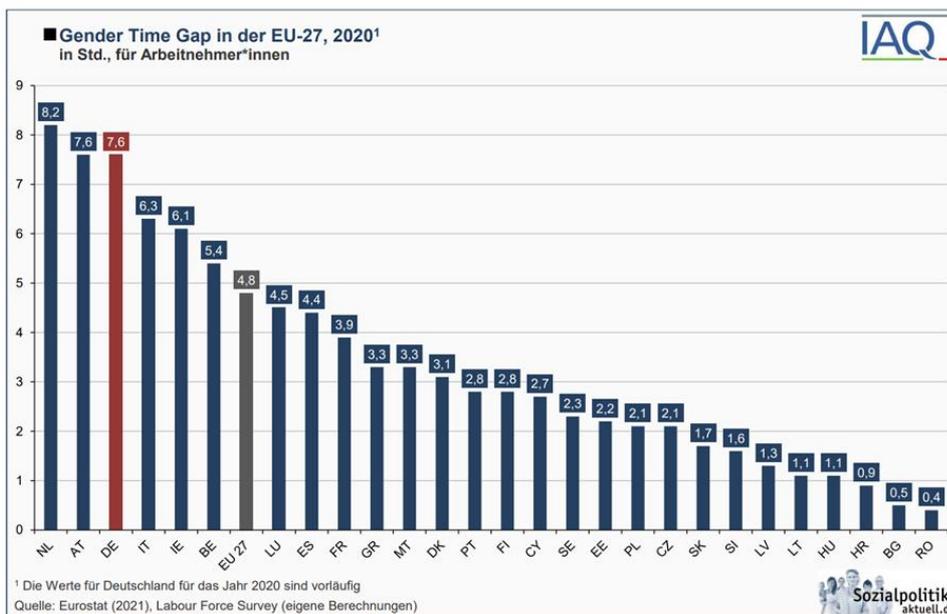
³⁸ Der hohe Anteil von Eltern in der Teilzeitbeschäftigung in Deutschland weist auf eine immer noch mangelhafte Ganztagskinderbetreuung hin.

Als ein Indikator für die ungleiche Verteilung von (bezahlter) Erwerbs- und (unbezahlter) Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern kann die Arbeitszeitlücke herangezogen werden. Wenn Frauen aufgrund unbezahlter Familienarbeit deutlich weniger bezahlte Arbeit verrichten als Männer, dann erzielen sie geringere Einkommen, haben geringere berufliche Entwicklungschancen und geringere Altersrenten.

Politik kann auch hier Anreize setzen, die die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt hinsichtlich der Lohnhöhe und des Arbeitszeitvolumens fördert. In Deutschland ist allerdings nicht nur der Gender-Pay-Gap, sondern auch der Gender-Time-Gap vergleichsweise stark ausgeprägt. Nach den Niederlanden hat Deutschland zusammen mit Österreich den größten Unterschied bei der wöchentlichen Arbeitszeit von Männern und Frauen. Dieser betrug in 2020 7,6 Arbeitsstunden, der EU-Durchschnitt liegt bei 4,8 Stunden. Ein Grund dafür ist der hohe Frauenanteil unter den geringfügig Beschäftigten von über 60 Prozent.

Abbildung 15:

Gender Time Gap in der EU-27, 2020



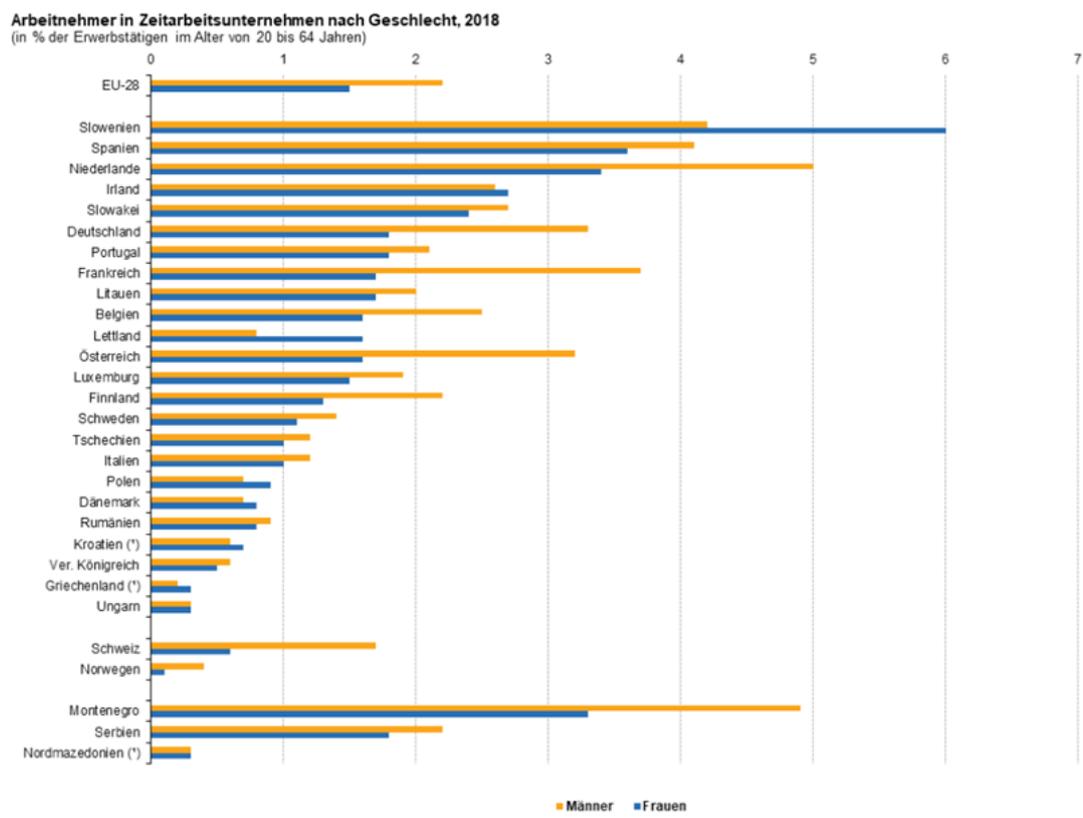
Quelle: www.sozialpolitik-aktuell.de

3.7.2 Leiharbeit

Leiharbeit gilt als atypische und nach Ansicht des DGB auch prekäre Beschäftigungsform. Sie kann zwar sozialversichert, unbefristet und in Vollzeit ausgeübt werden, allerdings haben Leiharbeiter*innen in Deutschland häufig unsichere und unterbezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Zum einen können die Arbeitsverträge sehr kurzfristig sein, was mit Unwägbarkeiten für die Arbeitnehmer*innen verbunden ist. Zum anderen haben Leiharbeitsbeschäftigte durchschnittlich geringere Einkommen als die „normalen“ sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten,³⁹ auch bei gleichem Anforderungsniveau der Stelle.⁴⁰ Im EU-Vergleich ist Deutschland eines der Länder, in denen Leiharbeit sehr verbreitet ist.⁴¹

Abbildung 16:

Arbeitnehmer*innen in Zeitarbeitsunternehmen nach Geschlecht, 2018



Hinweis: Bulgarien, Estland, Zypern and Malta: nicht verfügbar.
(*) Geringe Zuverlässigkeit
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ifsa_qoe_4a6r2)

³⁹ [Leiharbeit im regionalen Vergleich - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut \(WSI\) in der Hans-Böckler-Stiftung](#), Januar 2020.

⁴⁰ [Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf \(arbeitsagentur.de\)](#), S. 23.

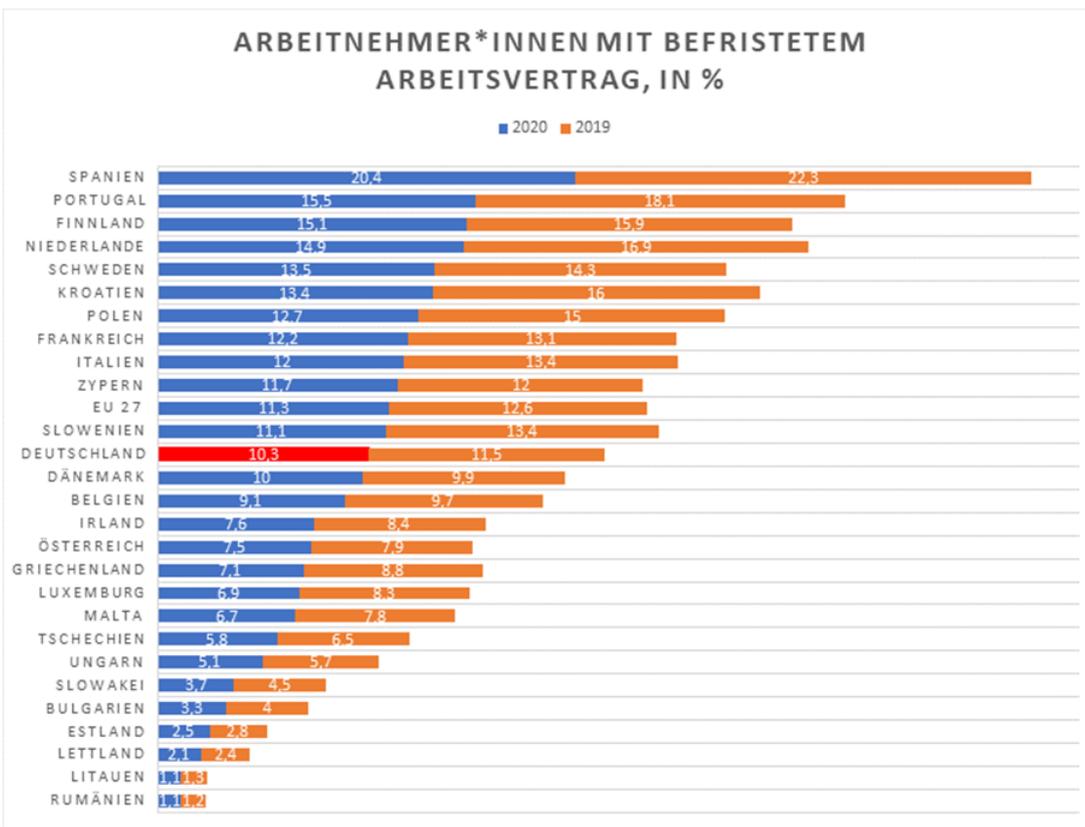
⁴¹ Die Ausgestaltung der Leiharbeit ist in den einzelnen EU-Ländern teilweise sehr unterschiedlich, was eine direkte Vergleichbarkeit erschwert.

Allerdings ist in der Corona-Pandemie – ähnlich wie bei den Minijobs – die Leiharbeit in Deutschland deutlich zurückgegangen,⁴² trotz der mehrfach verlängerten Sonderregelung, die Kurzarbeit auch in der Leiharbeit ermöglichte. Die Zahl der Beschäftigten ist in 2020 deutlich gesunken. Auch hier haben ca. 200.000 Arbeitnehmer*innen ihren Arbeitsplatz verloren. Eine Absicherung durch Arbeitslosengeld gibt es in der Regel nur, wenn der Arbeitsvertrag mindestens 12 Monate umfasst hat bzw. innerhalb von 24 Monaten 12 Monate ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bestand.

3.7.3 Befristungen

Bei den befristeten Arbeitsverhältnissen liegt Deutschland knapp unter dem europäischen Durchschnitt.

Abbildung 17:



Quelle: Eurostat, Darstellung des DGB

Auch hier hat die Corona-Pandemie die Unsicherheit dieser Beschäftigungsform für die Arbeitnehmer*innen deutlich gemacht. Bei einem befristeten Vertrag kann sehr kurzfristig Schluss sein, wie der Rückgang der befristeten Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland und auch in der gesamten EU im Vergleich 2019/2020 zeigt. Eine Absicherung durch Arbeitslosengeld gibt es in der Regel nur, wenn innerhalb von 24 Monaten 12 Monate ein

⁴² Abbildung der [Entwicklung der Leiharbeit](#) in Deutschland.

sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bestand. Aus Sicht des DGB sind befristete Beschäftigungsverhältnisse deshalb ebenfalls prekär.

4. Hausaufgaben durch die EU

4.1 Länderbericht 2020: Empfehlungen für Deutschland

Die EU beobachtet die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsländern und spricht Empfehlungen u.a. zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus. In ihrem aktuellen Länderbericht⁴³ bewertet sie die Situation in Deutschland als gut, zeigt aber einige dringende Probleme auf⁴⁴:

- Die Lage am Arbeitsmarkt ist gut, doch sind angesichts des demografischen Wandels größere Anstrengungen erforderlich.
- Nach mehreren Erhöhungen der Tariflöhne scheint die Anpassung der Mindestlöhne hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückzubleiben.
- Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bremst das Wachstum. Weiterbildung und Umschulung der Arbeitskräfte können dazu beitragen, den Mangel an Arbeitskräften zu verringern. Deutschland hat 2019 einige vielversprechende Reformen eingeleitet, doch kann hier noch mehr getan werden.
- Eine bessere Nutzung des Arbeitsmarktpotenzials von Frauen könnte dazu beitragen, Qualifikationsdefizite zu verringern und den Auswirkungen der Bevölkerungsalterung entgegenzuwirken.
- Ganztagsbetreuung für Kinder und Ganztagschulen bleiben wichtige Faktoren für die Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt.
- Eine weitere Verringerung der steuerlichen Fehlanreize für Zweit- und Geringverdiener (Ehegattensplitting) könnte ebenfalls zu einer Erhöhung der geleisteten Arbeitsstunden beitragen.
- Das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund wird nach wie vor nur unzureichend genutzt.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich stark, die soziale Lage verbessert sich jedoch nur moderat.
- Die Chancengleichheit in jungen Jahren kann nach wie vor verbessert werden. Kinder Alleinerziehender, von Familien mit drei oder mehr Kindern oder von Eltern mit niedrigem Bildungsniveau oder Migrationshintergrund sind am stärksten von Armut bedroht.

⁴³ [2020-european-semester-country-report-germany_de.pdf \(europa.eu\)](#)

⁴⁴ Der Bericht bewertet die Lage bis 2019, als noch vor der weltweiten Corona-Pandemie und den darauffolgenden wirtschaftlichen Einschränkungen und der Verschärfung der sozialen Lage von Arbeitslosen und Niedriglohnverdienenden.

- Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist zu einer großen Herausforderung geworden. Obwohl die Quote der Überbelastung durch Wohnkosten gesunken ist (im Vergleich 2019 zu 2018, Anm. d. Red.), zählt die Quote Deutschlands nach wie vor zu den schlechtesten in der EU.

4.2 Empfehlungen und Vorgaben für alle Mitgliedsstaaten

Neben den Empfehlungen für die einzelnen Länder macht die EU auch Vorgaben für alle Mitgliedsstaaten. Diese können einen empfehlenden bzw. selbstverpflichtenden Charakter haben, aber auch Richtlinien sein, die bei Nichterfüllen Vertragsverletzungsverfahren nach sich ziehen können und mit Geldbußen belegt werden.

Den Rahmen setzt seit 2017 die Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR). Mit der Proklamation der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) haben die EU und die Mitgliedstaaten das Versprechen gegeben, das Soziale Europa zu stärken. So sind angemessene Arbeitslosen- und Grundsicherungsleistungen in allen Mitgliedstaaten in den Grundsätzen 13 und 14 der ESSR festgeschrieben.

Der DGB fordert, dass diese (Selbst)Verpflichtungen durch die Einführung verbindlicher europäischer Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung untermauert werden.⁴⁵ Deutschland liegt bspw. momentan bei der Höhe des Arbeitslosengeldes von 65 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens über dem EU-Durchschnitt von 55 Prozent. Bei der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nach einem Jahr Berufstätigkeit mit 26 Wochen jedoch unter dem EU-Durchschnitt von 29 Wochen.⁴⁶ Europaweite Mindestvorgaben u.a. zur prozentualen Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes könnten dabei helfen, Armut zu überwinden und soziale Aufwärtskonvergenz in der EU herzustellen.

Darüber hinaus hat die EU im April 2021 einen Entwurf für eine Richtlinie zu Mindestlöhnen vorgelegt. Der DGB befürwortet dieses Vorhaben und hat eigene Ansprüche an die Ausgestaltung formuliert.⁴⁷

5. Forderungen des DGB an die Bundesregierung

Für den DGB ergibt sich aus den geschilderten Problemen dringender Handlungsbedarf. Insbesondere das hohe Armutsrisiko muss gesenkt werden. Hierfür ist es notwendig, den großen Niedriglohnsektor einzudämmen. Es braucht einen Wachstumsschub im unteren Lohnsegment und mehr sozial abgesicherte Beschäftigung. Darüber hinaus braucht es auch eine bessere Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, von Familien mit Kindern und weiterer vulnerabler Gruppen. Die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt muss deutlich verbessert werden.

Der DGB empfiehlt folgende Maßnahmen:

⁴⁵ [Armut bekämpfen, Zusammenhalt stärken – Mindeststandards für die Grundsicherung in Europa | DGB](#)

⁴⁶ [Arbeitsmarkt aktuell: Ein soziales Europa braucht Mindeststandards | DGB](#)

⁴⁷ [Fakten zur Richtlinie über angemessene Mindestlöhne | DGB](#)

- Die wichtigste Maßnahme, um die unteren Einkommen zu stützen und damit die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu verringern, ist die **zügige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes auf mindestens 12 Euro**. Weiterhin ist **die Stärkung der Tarifbindung** eine zentrale Maßnahme zur Austrocknung des Niedriglohnssektors und zur Verringerung des Armutsrisikos in Deutschland. Dass der Mindestlohn von 12 Euro ab Oktober 2022 gelten soll, wird vom DGB sehr begrüßt.
- Auch mit der **Umwandlung von geringfügiger Beschäftigung in sozialversicherte Beschäftigung** würden schnell und deutlich positive Effekte erzielt. So würde ein Anreiz entstehen, die wöchentliche Arbeitszeit in sozialversicherter Teilzeitbeschäftigung zu erhöhen. Dies hätte wiederum positive Auswirkungen insbesondere auf die Einkommen und die Absicherung von Frauen. Leider hat sich die Bundesregierung für eine Anhebung der Minijob-Grenze und damit faktisch für die Ausweitung der Minijobs entschieden. Dies wird vom DGB scharf kritisiert.
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bringen oftmals niedrige Einkommen und fehlende soziale Absicherung mit sich. Der DGB sieht es für eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung als unerlässlich, **prekäre Beschäftigung zurückzudrängen**. Dazu gehört auch die Abschaffung der Möglichkeit zur sachgrundlos befristeten Beschäftigung sowie die Streichung einiger aktuell zulässiger Befristungsgründe (wie laut Koalitionsvertrag geplant), Verbesserungen bei den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in der Leiharbeit und die Verbesserung des Zugangs von Selbstständigen in die sozialen Sicherungssysteme (wie sie auch im Koalitionsvertrag vorgesehen ist).
- Auch **ukrainische Geflüchtete** dürfen keinesfalls in prekäre Beschäftigung gedrängt oder dazu missbraucht werden, Lücken auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu schließen, die durch schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne entstanden sind. Vielmehr müssen sich die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten verbessern. Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen rasch und unkompliziert anerkannt werden und Geflüchtete Zugang zu hochwertigen Sprachkursen erhalten.⁴⁸
- **Die Arbeitslosenversicherung muss gestärkt** und die Reichweite und der Abdeckungsgrad des Arbeitslosengeldes müssen ausgeweitet werden. Dazu ist insbesondere die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für langjährig Beschäftigte zu verlängern und für Arbeitslose, die keine langen Beschäftigungsdauern ansammeln konnten, ein steuerfinanziertes Anschlussarbeitslosengeld einzuführen. Leider sind diese Maßnahmen im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen.
- Die **Hartz-IV-Regelsätze** müssen grundlegend neu ermittelt und auf ein Niveau angehoben werden, das vor Armut schützt und soziale Teilhabe ermöglicht. Dazu ist es erforderlich, dass die Referenzgruppe, aus deren Verbrauchsausgaben die Regelsätze abgeleitet werden, so ausgewählt wird, dass Mindeststandards der

⁴⁸ [Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland | DGB](#)

Versorgung und der sozialen Teilhabe gesichert sind. Zwar sind im Koalitionsvertrag Eckpunkte für ein Bürgergeld skizziert, die substanzielle Fortschritte darstellen und mit denen das Hartz-IV-System teilweise überwunden werden kann. Die Neuermittlung und Erhöhung der Regelsätze fehlen jedoch bisher auf der Reformagenda.

- Um Kinderarmut zu überwinden, ist **die Einführung einer Kindergrundsicherung notwendig**. Der DGB schlägt dazu vor, die unterschiedlichen Geldleistungen für Kinder in einer Kindergrundsicherung zu bündeln, diese leicht zugänglich zu machen und das Existenzminimum von Kindern, das den Höchstbetrag der Kindergrundsicherung darstellt, neu zu ermitteln. Diese Forderungen hat die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen. Die dort vereinbarten Eckpunkte bieten die Chance, Kinderarmut wirksam zu reduzieren.
- Nach Ansicht des DGB muss auch die EU dafür sorgen, Menschen langfristig sozial abzusichern und Einkommensarmut einzudämmen. An oberster Stelle steht hier die Einführung angemessener Löhne, die derzeit über **einen EU-Rahmen für Mindestlöhne** von den Sozialpartnern verhandelt werden. Darüber hinaus fordert der DGB **die Einführung europäischer verbindlicher Mindeststandards für die jeweiligen nationalen Arbeitslosenversicherungen und die Grundsicherung** in Form von Europäischen Rahmenrichtlinien.
- Der DGB sieht neben arbeitsmarkt- und sozialispolitischen Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene auch wirtschaftspolitische Maßnahmen als effektive Mittel zur Bekämpfung der Armut und Ungleichheit. Hierzu zählen insbesondere steuerpolitische Maßnahmen. Es bedarf z. B. dringend einer **Wiedererhebung der Vermögensteuer, einer Reform der Erbschaftsteuer sowie einer gerechten Einkommensteuer**. Zudem müssen Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden. Details finden sich im [Steuerkonzept des DGB](#).⁴⁹
- Die angekündigten steuerpolitischen Vorhaben der Bundesregierung greifen leider zu kurz. Zwar sind die Anhebung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmer-Pauschbetrags richtige Schritte, **die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen müsste aber deutlicher und zielgerichteter ausfallen und gerecht gegenfinanziert werden**. Eine stärkere Besteuerung von Spitzenverdienenden und (sehr) hoher Vermögen versäumt die Koalition jedoch.
- Darüber hinaus braucht es **mehr öffentliche (und private) Investitionen** in Bereiche der Daseinsvorsorge und die sozial-ökologische Transformation. Hierzu zählen u. a. der ÖPNV, das Gesundheitswesen, der Bildungsbereich, öffentliche Kultur- und Freizeitangebote oder die Energieversorgung. Einkommensschwächere Haushalte sind hier besonders auf wohnortnahe und bezahlbare Angebote angewiesen.⁵⁰
- Diese notwendigen Investitionen dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. **Die Bundesregierung muss an ihrem Versprechen ein**

⁴⁹ [DGB Steuerkonzept](#): „Gerecht besteuern – Demokratie und Zusammenhalt stärken“, Mai 2021.

⁵⁰ [Von schwarzer Null auf 100 % Zukunft! | DGB](#)

„Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ einzuleiten, festhalten. Die bislang angekündigten Maßnahmen reichen nicht aus, um die riesigen Bedarfe angesichts von Investitionsstau und Transformation zu decken.

Impressum

Herausgeber: DGB Bundesvorstand
Abteilung Arbeitsmarktpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Telefon: 030-24060 570

www.dgb.de

Mail: amp@dgb.de

verantwortlich: Anja Piel
Kontakt: Silvia Helbig, Evelyn Räder
Stand: April 2022

Sie können die DGB-Publikation „Arbeitsmarkt aktuell“ und andere DGB-Informationen zur Arbeitsmarktpolitik „druckfrisch“ per Mail bekommen. „Arbeitsmarkt aktuell“ erscheint mit Analysen und Statistiken ca. 6 bis 10 Mal im Jahr und wird im PDF-Format verschickt.

Es ist notwendig, dass Sie sich einmalig in die Verteilerliste eintragen. Folgen Sie diesem Link: <http://www.dgb.de/service/newsletter> (Bitte „Arbeitsmarkt aktuell“ - Newsletter Arbeitsmarktpolitik“ mit einem Häkchen markieren).

Zum Abbestellen von „Arbeitsmarkt aktuell“ benutzen Sie bitte folgenden Link:
<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.arbeitsmarktpolitik>